



LANDSCHAFTSVERBAND WESTFALEN-LIPPE

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in der Landschaftsversammlung
Westfalen - Lippe**

Brigitte von Schoenebeck, Fraktionsgeschäftsführerin
Dominik Kegel, Fraktionsgeschäftsführer

Landeshaus · Freiherr-vom-Stein-Platz 1
Gebäude A · Raum A09/10 · 48133 Münster
Tel.: +49 251 591-245 Fax: +49 251 591-246
mobil: +49 1515 616 0 636
info@gruene-lwl.de · www.gruene-lwl.de

Haushaltsrede 2016

Rede von Heinz Entfellner, Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
anlässlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2016 des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Landesdirektor,
sehr geehrte Mitglieder der Landschaftsversammlung,
werte Gäste,

Der Haushaltsentwurf 2016, den der Kämmerer eingebracht hat, sieht rund 3,3 Milliarden Euro an Ausgaben vor, eine Steigerung von etwa 145 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2015. Und dies wie alle Jahre wieder zum größten Teil verursacht durch die Steigerung in der Eingliederungshilfe.

Und so schlägt die Verwaltung eine Anhebung der Umlage um 0,3% Punkte auf dann 16,8%Punkte vor.

Und wie alle Jahre wieder, werden auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD die vorgeschlagenen 16,8%Punkte um 0,1%Punkte gesenkt, dem Haushalt mit der Mehrheit der Großen Koalition somit ca. 12 Millionen Euro vorenthalten und damit der Bestand der Ausgleichsrücklage im nächsten Jahr von 50 Millionen Euro in Frage gestellt, die aus unserer Sicht als Schwankungsreserve unverzichtbar ist.

Ich bin gespannt, ob es das Innenministerium diesmal bei einem warnenden Zeigefinger belässt.

Und sonst? Welche politische Handschrift, welchen Gestaltungswillen hat die Große Koalition aus CDU und SPD dem Haushalt mitgegeben?

Zu 99% haben die beiden Fraktionen nach dem Motto: „die Verwaltung wird's schon richten“ deren Vorschläge abgenickt.

Eine einzige inhaltliche, politische Forderung kam aus Ihren Reihen, meine Damen und Herren von CDU und SPD: die Forderung nach Erhöhung der Zuschüsse für die beiden Landestheater und die drei Landesorchester.

Und die ist nach Auffassung der GRÜNEN Fraktion gründlich daneben gegangen.

Ich will Ihnen das gerne näher erläutern.

Die Verwaltung bekam im Sommer letzten Jahres den Auftrag, in einer Vorlage die Grundlagen der Landes-theater- und Landesorchesterförderung sowie die aktuelle Situation dieser Institutionen darzustellen.

Dies erfolgte dann in der Sitzung des Kulturausschusses im September.

Zum einen wurde die wichtige Rolle der fünf Einrichtungen für ein dezentrales, künstlerisch anspruchsvolles Angebot zu vertretbarem Preis für die Menschen in Westfalen-Lippe dargestellt, sowie als wesentlicher Faktor für die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus, so hieß es in der Vorlage, wirken die fünf Ensembles als Botschafter in NRW, Deutschland und im Ausland.

Zum anderen wurde darauf hingewiesen, dass die jahrzehntelange institutionelle Förderung des LWL als wesentlicher Teil der landschaftlichen Kulturpflege seit dem Jahr 2002 – also seit 13 Jahren - nicht mehr erhöht wurde – und das trotz stetig steigender Personal- und Betriebskosten.

So sei jetzt bei allen fünf Institutionen die Auslastungsgrenze erreicht, angemessene Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten ebenso wie die künstlerische Qualität nicht mehr gewähr- leistet werden.

Ein Beschluss wurde im Herbst nicht gefasst. Man war sich aber einig, die Förderung nach 13 Jahren im Haushalt 2016 deutlich zu erhöhen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2016 stellten die FDP-Fraktion und die GRÜNE Fraktion für den Kul- turausschuss am 15.12. jeweils einen Antrag auf Erhöhung der Zuschüsse für die fünf Kultureinrichtungen.

Unser Antrag enthielt die Forderung nach einheitlicher Erhöhung um 20% der jeweiligen Grundfördersum- me. Dies sehen wir als absolut gerechtfertigt an, sind doch allein die Kostensteigerungen im Personalbe- reich in den 13 Jahren höher als die beantragten 20%.

Da die Fördersummen für die einzelnen Einrichtungen in der Höhe unterschiedlich sind, ist es auch die je- weilige 20%ige Erhöhung, und damit im Einzelfall unterschiedlich berücksichtigt und keine Pauschalerhö- hung.

Verwundert nahmen wir in dieser Kulturausschusssitzung zur Kenntnis, dass die Große Koalition sich zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage sah, über die Höhe und die Art der Finanzierung zu entscheiden.

Am 17.12. erreichte uns dann der CDU/SPD Antrag, der sowohl eine sehr unterschiedliche Erhöhung der Fördermittel für die fünf Einrichtungen vorsah – von knapp 9% für das Orchester in Hilchenbach bis zu fast 29% für das Orchester in Recklinghausen – als auch die Verwaltung beauftragte, Deckungsvorschläge aus dem Dezernatsbudget der Kulturverwaltung vorzulegen.

Der Antrag wurde ohne Aussprache im Landschaftsausschuss am 18.12. auf die Januarsitzungen des Finanz- und des Landschaftsausschusses verwiesen.

Meine Kollegin, Frau Müller, wies da bereits darauf hin, dass die unterschiedlichen Auffassungen in den Anträgen der Fraktionen eine fachliche Beratung in einer Sondersitzung des Kulturausschusses erforderlich machten.

Von Seiten der Fraktionen von SPD und CDU hieß es da lediglich lapidar, dass die fünf Einrichtungen sich völlig unterschiedlich entwickelt hätten und unterschiedliche Finanzsituationen festzustellen seien. Dies mache eine differenzierte Bezuschussung erforderlich.

Diese Feststellung – meine Damen und Herren der Großen Koalition – ist in ihrer Allgemeinheit nicht zu überbieten und verdeutlicht die Fragwürdigkeit Ihrer Art der Verteilung der Fördermittel.

Für die Januar-Sitzungen des Finanz- und des Landschaftsausschusses legte dann die Verwaltung ihre Vorschläge für die von CDU und SPD geforderte Deckung aus dem Kulturretat vor.

Sieht man sich die vier Vorschläge an, wird schnell klar, dass es sich hier um eine „Verzweiflungsvorlage“ handelt.

Alle vier Punkte sind kein wirklich wirksam umsetzbarer Tatbestand, sondern Vorschläge nach dem Prinzip Hoffnung:

Hoffentlich wird das Wetter schön (Energieeinsparung), hoffentlich kommen genügend Besucher und Besucherinnen (Eintrittsgelderhöhung in den Museen....by the way, Museumsbesucher sollen Theater- und Konzertbesucher sponsern??), hoffentlich müssen wir keine Fördermittel zurückzahlen (Schließung Zeche Hannover), hoffentlich shoppen die Menschen fleißig (Erhöhung Einnahmen in den Museumsshops).

Die Verwaltung hat sich für den Vorschlag 4 entschieden, die Hoffnung auf gutes Wetter und einkaufsfreudige Besucherinnen und Besucher. Und um klarzustellen, dass auch Hoffnungen sterben können, wird angemerkt, dass bei nichterreichen des Sparziels letztlich das Prinzip der Gesamtdeckung im LWL-Haushalt gelte.

Doch die Fraktionen von CDU und SPD haben da alle Hoffnung zerstört und beschlossen, dass dem Vorschlag 4 zwar gefolgt werden soll, die Deckung allerdings ausschließlich aus dem Kulturhaushalt zu erfolgen hat.

Meine Damen und Herren, wir finden es unsäglich, wie hier Kultur gegen Kultur ausgespielt wird!

Unsäglich, ja beschämend, finden wir es auch, dass hier landschaftliche Kulturpflege zur Lotterie deklassiert wird, wenn ohne ausreichende und nachvollziehbare Argumente Förderhöhen nach dem Zufallsprinzip festgesetzt werden.

Und wir finden es auch unsäglich, ja unverantwortlich, wenn dadurch zumindest

das Hilchenbacher Orchester in die Gefahr gerät, insolvent zu werden, vor allem dann, wenn sich die Höhe der Landesfördermittel möglicherweise ebenfalls verringern.

Ebenso finden wir es unsäglich, ja zynisch, wenn ein Mitglied der CDU-Fraktion sich öffentlich in dem Sinn äußert: die sollen doch froh sein, wenn sie überhaupt eine Erhöhung bekommen.

Und letztendlich finden wir es unsäglich, ja traurig, dass der Vorsitzende des Kulturausschusses nicht von sich aus die Initiative ergriffen hat, die Rechte des Ausschusses zu wahren und dafür Sorge zu tragen, dass eine fachliche Diskussion ermöglicht wurde.

Wir GRÜNE halten unseren Antrag in Sachen Kulturförderung aufrecht und werden namentliche Abstimmung beantragen.

Unsere beiden Anträge im Sozialbereich haben Sie, meine Damen und Herren von CDU und SPD, erwartungsgemäß abgelehnt und damit die Möglichkeit vertan, mehr ambulante Hilfen anbieten zu können und stationäre Hilfen zu verringern.

Ebenso lehnten Sie unseren Antrag zum betrieblichen Mobilitätsmanagement ab und damit verbunden eine weitere Qualifizierung des energiepolitischen Konzeptes des LWL.

Aus all den vorgenannten Gründen lehnen wir den vorgelegten Haushaltsentwurf 2016 ab, ebenso wie die verringerte Erhöhung der Landschaftsumlage auf 16,7%Punkte.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss:

2016 wird ein spannendes Jahr: welche Vorlagen wird die Verwaltung im Vollzug der Haushaltskonsolidierung 2016 – 2019 auf den Tisch legen, wie wird letztlich der Grundsatz 5-2 im Landesentwicklungsplan aussehen, was wird in der geänderten Landschaftsverbandsordnung stehen, wie entwickelt sich unsere RWE-Beteiligung nach der vollzogenen Aufspaltung in zwei Konzernbereiche und finden sich endlich Mehrheit, diese zu veräußern, und last but not least, wird die Finanzierung der Eingliederungshilfe dynamisiert gestaltet und wie wird ein Bundesteilhabegesetz aussehen?

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und aller LWL-Einrichtungen für ihren unermüdlichen Einsatz für die Menschen in Westfalen-Lippe, und Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Heinz Entfellner

Münster, 28. Januar 2015

es gilt das gesprochene Wort

<p>Rückfragen bitte an Heinz Entfellner, 0171 582 19 29</p>
--